Säbelrasseln an der Grenze zwischen der Ukraine und Russland: ukrainische Panzer auf dem Weg in die Luhansk-Region. ANDRIY DUBCHAK / AP

Diplomatie und Gewalt: Realpolitik und die Ukraine-Krise

Der ukrainische Nationalismus und die Aussicht, dass auch eine zunächst erfolgreiche russische Invasion zu anhaltendem Widerstand führen würde, stellen die grösste Abschreckung gegen einen Angriff dar.
Gastkommentar von James W. Davis

Obwohl seine zentralen Grundsätze bereits von Thukydides anerkannt wurden, verdanken wir den Begriff Realpolitik den Deutschen. Üblicherweise dem liberalen Publizisten August Ludwig von Rochau zugeschrieben, bezeichnet Realpolitik ein besonderes Verständnis von den Realitäten des politischen Lebens und den damit verbundenen Erfordernissen einer erfolgreichen Aussenpolitik. Es war kein Geringerer als Otto von Bismarck, der die Kunst dieser Art der Politik perfektionierte.

Aber wie nützlich ist die Linse der klassischen Realpolitik, um die derzeitige Konfrontation um die Ukraine zu analysieren? Realpolitik geht von der Prämisse aus, dass Staaten versuchen, ihre relative Position im internationalen System zu verteidigen, und daher äusserst sensibel auf wahrgenommene Bedrohungen ihres Status und ihrer Sicherheit reagieren. Auch wenn wir im Westen wissen, dass die Nato keine offensiven Absichten gegenüber Russland hegt, ist es keineswegs klar, dass Putin dies versteht. Und in dem Masse, in dem eine wirtschaftlich erfolgreiche und demokratisch regierte Ukraine eine ideologische Bedrohung der autoritären Herrschaft Putins darstellen würde, können Bemühungen der EU, diesen aus Sicht ihrer liberalen Werte positiven Ausgang zu fördern, von Moskau als bedrohlich empfunden werden. Für Putin zählen die Absichten hinter unserer Politik weniger als ihre Folgen.

Bedeutet dies, dass der Westen vor Forderungen kapitulieren sollte, die durch den Lauf einer Waffe an uns gerichtet sind? Realpolitik rät hier zur Vorsicht. Obwohl wir nicht von Sorgen um unseren Ruf besessen sein sollten, besteht die Gefahr, dass ein Rückzug von bereits erklärten Verpflichtungen ohne ausreichende und glaubhafte Sicherheitsgarantien nicht nur den Angreifer zufriedenstellt, sondern ihn auch dazu verleitet, seine Forderungen zu erhöhen. Genauso gefährlich wäre es jedoch, unseren Ruf für Belange aufs Spiel zu setzen, für die wir entweder nicht kämpfen wollen oder kämpfen können. Man muss sich also die Frage stellen: Ist die Aussicht auf eine Nato-Mitgliedschaft der Ukraine etwas, wofür es sich zu kämpfen lohnt? Und wenn ja, für wen?

Auf dem Berliner Kongress 1878 zur Balkanfrage meinte der eiserne Kanzler, dass für ihn der Balkan «nicht die gesunden Knochen eines einzigen pommerschen Grenadiers wert» sei. Man kann fast hören, wie die Mutter einer Soldatin im fernen amerikanischen Bundesstaat Utah dasselbe über die Ukraine sagt. Die derzeitige Krise ist für viele Amerikaner lediglich ein Streit in einem fernen Land, zwischen Menschen, von denen sie wenig wissen. Präsident Biden hat es bisher vermieden zu sagen, dass die USA für die territoriale Integrität der bereits geteilten Ukraine kämpfen würden.

Bei der Verteidigung einer unabhängigen Ukraine gibt es aber derzeit keine realistische Alternative zu den USA. Obwohl einige Beobachter die Ansicht vertreten, dass eine realpolitische Lösung der Ukraine-Krise in der Anerkennung von Russlands Anspruch auf eine Einflusssphäre über das sogenannte «nahe Ausland» läge, war ein solches Denken bereits zu Bismarcks Zeiten überholt. Denn die deutsche Einigung wurde im Grunde ebenso durch den verbreiteten Nationalismus wie durch preussische Macht ermöglicht. Als das dynastische Prinzip des 18. Jahrhunderts Napoleon und der Idee der nationalen – wenn nicht gerade populären – Souveränität Platz machen musste, konnten Territorien nicht mehr wie Figuren auf einem Schachbrett hin und her geschoben oder einfach von fremden Mächten besetzt werden.

> Für Putin zählen die Absichten hinter unserer Politik weniger als ihre Folgen.

Ungeachtet Putins Behauptung einer fortbestehenden Einheit unter den Völkern der historischen Rus, ist es denn auch Tatsache, dass sich heute eine Mehrheit der Ukrainer nicht eine russische, sondern eine ukrainische Identität zuschreiben. Somit stellen der ukrainische Nationalismus und die Aussicht, dass selbst eine anfänglich erfolgreiche Invasion zu anhaltendem und kostspieligem bewaffnetem Widerstand führen würde, die grösste Abschreckung gegen einen russischen Angriff dar.

Vor diesem Hintergrund ist der Widerstand Berlins gegen Waffenlieferungen in die Ukraine noch weniger sinnvoll als das generelle Verbot von Lieferungen in Krisengebiete. Sollen Waffenlieferungen abschreckend wirken, gleichzeitig aber Putin keine Munition für seine Argumente liefern, dass eigentlich Russland das bedrohte Land sei, müssen die Waffen besonderer Gattung sein. Sie sollten leicht, hochmobil und versteckbar sein, damit sie überall eingesetzt werden und nicht leicht in die Hände der russischen Streitmacht fallen können.

Denn diese Art von Waffen ist am nützlichsten für die Art des bewaffneten Widerstands, der einer Besatzungsmacht laufende Kosten auferlegen kann. Mobile sichere Kommunikationsausrüstung wird benötigt, um einen effektiven Widerstand zu koordinieren. Ferner wird medizinisches Material für die Notfallversorgung unerlässlich. Um Putin am Verhandlungstisch zu halten, muss die Aussicht auf einen schnellen militärischen Sieg ausgeschlossen sein. Eine erfolgreiche Ukraine-Politik wird nicht durch das Trennen, sondern das Zusammenführen von Diplomatie und Gewalt ermöglicht.

James W. Davis ist Professor für Internationale Politik an der Universität St. Gallen.

Die Erinnerung muss wach bleiben

Die Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz liegt 77 Jahre zurück, es leben nur noch wenige Zeitzeugen. Dies wird zur Herausforderung für die Erinnerungskultur.
Gastkommentar von Anita Winter

Bis kurz vor seinem Tod legte Ladislaus Löb, schon sichtlich geschwächt, Zeugnis ab. Er berichtete Jugendlichen von seiner Zeit in Bergen-Belsen und wie er als Elfjähriger mit anderen «Kasztner-Juden» in die Schweiz evakuiert worden war. Seine Rettung war letztlich Zufall, und so wurde Erzählen über die Shoah für ihn zu einer Verpflichtung. «Solange ich noch da bin, muss ich alles unternehmen, dass sich die Geschichte nicht wiederholt», sagte er jeweils.

Diese Angst war keineswegs unbegründet: Die letzten Holocaustüberlebenden und wir alle erleben derzeit, wie der alte Hass in neuen Formen wieder aufflackert, wie sich gerade während dieser Corona-Pandemie antisemitische Verschwörungstheorien wie Lauffeuer verbreiten – hier in Europa, wo vor 77 Jahren Auschwitz befreit wurde.

Neue Wege der Vermittlung gesucht

Das Erzählen über den Holocaust war jahrelang ein Mittel, um gegen das Vergessen, das Relativieren und die Gleichgültigkeit ankämpfen zu können. Auch hier in der Schweiz haben Dutzende von Überlebenden wie Ladislaus Löb Schulen im ganzen Land besucht. Sie haben junge Menschen sensibilisiert, ihnen aufgezeigt, wohin Ausgrenzung, Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit letztlich führen können.

Doch nun, da die allerletzten Zeitzeugen uns verlassen oder ihre Kraft zum Berichten schwindet, sind wir gefordert. Nur noch wenige vermögen in Schulen zu gehen und persönlich zu berichten und uns aufzuklären. Wir müssen nun die Verantwortung übernehmen und neue Wege finden, um der nächsten Generation von den unermesslichen Greueln erzählen zu können. Notwendig ist dies weiterhin. Denn: Wer vom Holocaust nichts weiss, versteht nicht, wie fragil eine Demokratie ist und wie verletzlich die Menschenrechte sind. Er versteht nicht, wie aus einer Demokratie eine Diktatur entstehen kann. Er versteht nicht, dass man die Demokratie und die Menschenrechte verteidigen muss und immer verteidigen kann.

Das Erinnern an den Holocaust vermag aufzuzeigen, wie Entmenschlichung in letzter Konsequenz zur Vernichtung führt. Der Holocaust ist so verstanden Sinnbild für die Genozide, die begangen wurden, und für Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die drohen. Das Lernen über den Holocaust sollte, nein darf in der Schule nicht fehlen. Unser Erzählen wird immer anders sein als dasjenige der Zeitzeugen, und trotzdem ist es bedeutsam.

Das Schweizer Parlament hat in diesem Sinne vor kurzem parteiübergreifend zwei Motionen unterstützt, welche auf einen Ort der Erinnerung und Vermittlung zielen. Es geht um die verfolgten und ermordeten Juden, aber auch um politisch Oppositionelle oder all jene, die verfolgt, entrechtet und ermordet wurden. Ebenfalls soll an die Menschen erinnert werden, die sich dem Nationalsozialismus entgegenstellten oder den Verfolgten Schutz boten.

Nährboden für Extremismus

Dies ist ein starkes Zeichen der Politikerinnen und Politiker aller Parteien, welche solch ein «Memorial» als Chance für die Schweiz betrachten. Sie haben erkannt, dass Antisemitismus nicht allein die Juden trifft. Im Gegenteil: Der Hass schafft ein toxisches Klima, einen Nährboden für Extremismus allgemein, der unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat gefährdet. Der Hass auf Menschen aufgrund ihrer Religion, ihrer ethnischen Herkunft, ihrer Hautfarbe, ihrer sexuellen Orientierung ist eine Gefahr für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Man kann Mitläufer sein oder Widerstand leisten. Um das geht es im Kern. Ein Ort des Erinnerns hier in der Schweiz ist wichtig, damit auch die nächste Generation versteht, was unsere Schweiz ausmacht, wie wir sein wollen, als Staatsbürger, vor allem aber als Menschen.

Ladislaus Löb wird die Eröffnung des Memorials nicht mehr erleben. Erleichtert für die Schweiz wäre er auf jeden Fall.

Anita Winter ist Begründerin der Gamaraal Foundation, einer Stiftung, die bedürftige Holocaust-Überlebende unterstützt und sich im Bereich der Holocaust-Education engagiert.